

Heiko Holste

## Die Krise der amerikanischen Politik liegt auch am Wahlsystem

*Die starke Polarisierung in der amerikanischen Politik führt immer öfter zur Blockade des Regierungssystems – auch die fatale Folge eines Wahlverfahrens, das die extremen Kräfte innerhalb der Parteien fördert. Es hat den Erfolg der Tea Party-Bewegung und den Rechtsruck bei den Republikanern erst möglich gemacht, und es wirkt sich vor allem auf die Zusammensetzung des Repräsentantenhauses aus. Kein Wunder, dass die radikalsten Bewerber um die republikanische Präsidentschaftskandidatur Abgeordnete des Repräsentantenhauses waren.*

Als Anfang November 2011 im US-Bundesstaat Virginia ein neues Parlament gewählt wurde, hatten die meisten Wähler keine Auswahl. In 73 der 100 Wahlkreise traten entweder nur ein Republikaner oder nur ein Demokrat an. Die Parteien hatten die Wahlkreise so zugeschnitten, dass sie den Wahlkampf auf wenige Distrikte beschränken konnten. Solche Manipulationen, das »Gerrymandering«, haben in der USA Tradition. Was aber im 19. Jahrhundert bloß grobe Schätzungen sein konnten, ist mit Hilfe von Computern immer weiter perfektioniert worden. Heute werden bis hinab zu einzelnen Häuserblocks die Wahlergebnisse und die Wählerregistrierung erfasst und zur Grundlage des Wahlkreiszuschnitts gemacht. Die Partei, die das Verfahren dominiert, schafft für sich möglichst viele sichere Wahlkreise und konzentriert die Wähler der gegnerischen Partei in so wenigen Distrikten wie möglich. Sind beide Parteien zur Zusammenarbeit gezwungen, reduzieren sie die umkämpften Wahlkreise auf ein Minimum.

### Nur noch Hochburgen der Parteien

Die fatale Folge von alldem: Es existieren fast nur noch Hochburgen der einen oder der anderen Partei. Eine flächendeckende Konkurrenz gibt es nicht mehr. In Kalifornien



**Heiko Holste**

(\* 1971) ist Jurist im Bundesministerium der Justiz und Gastwissenschaftler an der Georgetown University, Washington.

hh344@georgetown.edu

nien etwa hatten Wahlen zum US-Repräsentantenhaus zuletzt kaum noch Konsequenzen. Trotz beachtlicher Veränderungen im Wahlverhalten wechselte bei den fünf Wahlen seit 2002 nur ein einziger von 53 Wahlkreisen seine politische Farbe. Die Parteien suchen sich ihre Wähler aus, statt die Wähler die Parteien; die Demokratie bleibt dabei auf der Strecke. Der libertäre Abgeordnete Ron Paul aus Texas ist so etwas wie der Großvater der Tea Party-Bewegung und war der letzte innerparteiliche Konkurrent von Mitt Romney um die republikanische Präsidentschaftskandidatur. Obwohl Paul alles andere als unumstritten ist, gehört er zu jenen Kongressabgeordneten, die in ihrem Wahlkreis mehrfach mit 100 % wiedergewählt wurden – die Demokraten hatten in den republikanischen Hochburgen gar keinen Gegenkandidaten mehr aufgestellt. Weil unter dem Mehrheitswahlrecht alle Stimmen für den unterlegenen Kandidaten unter den Tisch fallen, wäre dies eine Verschwendung kostbarer Wahlkampfkampfsourcen.

### **Die Personalauswahl findet nur noch parteiintern statt**

Durch die Hochburgenbildung wird den Wählern die Personalauswahl abgenommen und in die Parteien verlagert. Wichtiger als die Wahl selbst wird die Nominierung als Kandidat, und die erfolgt in den meisten Bundesstaaten durch Vorwahlen unter den Parteihängern. Einst wollte man dadurch die Kandidatenaufstellung aus den Hinterzimmern der Funktionäre herausholen und durch eine breite Beteiligung sicherstellen, dass statt Parteideologener Kandidaten mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz nominiert werden.

Heute ist dieses Konzept in sein Gegenteil umgeschlagen: Die Kandidatenaufstellung wird von politischen Stimmungen dominiert, rationale Erwägungen treten in den Hintergrund. Einflussreichen Interessengruppen, die national organisiert sind, gelingt es, die lokalen Kandidaten schon vor der Wahl auf ein politisches Maximalprogramm festzulegen. 234 republikanische Kongressabgeordnete haben etwa die Verpflichtungserklärung der Lobby-Gruppe »Americans for Tax Reform« unterschrieben und sich schriftlich gebunden, niemals für Steuererhöhungen zu stimmen.

Nominiert werden fast nur mehr die Vertreter der reinen Lehre. Wer sich dagegen als Kandidat der Mitte präsentiert, muss sich als RINO (»Republican In Name Only«), also als nur der Bezeichnung nach Republikaner, kritisieren lassen. Als es im vergangenen Jahr im Budget-Streit zwischen Kongress und Präsident darum ging, eine drohende Zahlungsunfähigkeit der USA abzuwenden, fiel es selbst moderaten Republikanern außerordentlich schwer, einem Kompromiss zuzustimmen. »Alle haben tödliche Angst vor einem Tea-Party-Herausforderer in der Vorwahl«, sagte mir damals ein Kongressabgeordneter.

Die fatale Wirkung des Zusammenspiels von Mehrheitswahl, »Gerrymande-

ring« und Vorwahlen zeigt sich exemplarisch am Aufstieg der Tea Party-Ikone Michele Bachmann, die im Sommer 2011 eine Zeit lang Favoritin für die republikanische Präsidentschaftskandidatur war. Sie verdankt ihren Erfolg nicht so sehr Siegen über demokratische Gegenkandidaten, sondern vor allem der innerparteilichen Radikalisierung und dem manipulativen Wahlkreiszuschnitt.

2000 zog sie in das Parlament des Bundesstaates Minnesota ein, nachdem sie als Kandidatin der christlichen Rechten in einer republikanischen Hochburg einen moderaten Parteifreund bei der Vorwahl besiegt hatte. Im gleichen Jahr begann auch der marktradikale »Club for Growth«, sich erstmals bei republikanischen Vorwahlen zu engagieren. Gezielt unterstützte er Gegenkandidaten gegen jene Amtsinhaber, die sich dem Mantra von Steuersenkungen, Ausgabenkürzungen und Deregulierung nicht bedingungslos fügen wollten.

Frau Bachmann wurde schließlich 2006 in einem sicheren Wahlkreis in den Kongress gewählt. Bei den drei Wahlen seither hat sie stets schlechtere Ergebnisse als ihr republikanischer Vorgänger eingefahren. Negative Konsequenzen hat dies nicht, da der Wahlkreis so geschnitten ist, dass trotz ihrer Verluste die Demokraten keine Chance auf die Mehrheit haben.

### **Das Repräsentantenhaus ist radikaler als der Senat**

Die Polarisierung der amerikanischen Politik geht zwar maßgeblich auf den Rechtsruck bei den Republikanern zurück, aber auch Demokraten haben mit Stimmungsentscheidungen der Basis zu kämpfen. Beispiel: Joe Lieberman, einst demokratischer Senator aus Connecticut und 2000, an der Seite von Al Gore, Kandidat für die Vizepräsidentschaft. Mit seiner Unterstützung des Irak-Kriegs war Lieberman von der Linie seiner Partei abgewichen und hatte

sich unbeliebt gemacht. Die Delegierten eines Parteitages wollten ihn trotzdem erneut nominieren, schließlich war er ein renommierter Außenpolitiker und in Connecticut stets wiedergewählt worden.

Die Parteibasis aber ließ Lieberman bei der Vorwahl durchfallen und stellte einen vehementen Kriegskritiker auf. Dieser Kandidat scheiterte am Wahltag ebenso krachend wie zuletzt republikanische Senatskandidaten aus dem Tea Party-Lager. Kein Wunder, denn Senatoren werden im ganzen Bundesstaat gewählt und nicht nur in einer konstruierten Parteihochburg.

2010 verspielten die Republikaner auf diese Weise die bereits sicher geglaubte Senatsmehrheit und die Demokraten können darauf hoffen, dass sich diese Geschichte im November wiederholt: Gerade hat die republikanische Basis in Indiana einem parteiübergreifend anerkannten Senator, der zuletzt mit 87 % wiedergewählt worden war, eine erneute Kandidatur verweigert; statt dessen wurde ein Tea Party-Aktivist nominiert. Ganz anders dagegen beim Repräsentantenhaus.

Dort ist für den Wahlsieg vieler Kandidaten nicht die parteiübergreifende Integrationskraft entscheidend. Viel wichtiger ist es, durch möglichst radikale Thesen die Seele der eigenen Partei zu streicheln und sich so die Nominierung zu sichern. Die parteipolitische Spaltung des Repräsentantenhauses ist daher ganz entscheidend auf die Wechselwirkung von Hochburgen-Bildung und Nominierungsverfahren zurückzuführen.

### **Durch mehr Konkurrenz zu mehr Kompromiss**

Im November wird zusammen mit dem Präsidenten auch das Repräsentantenhaus neu gewählt und erstmals seit zehn Jahren findet wieder eine Neueinteilung der Wahlkreise statt. In wichtigen Bundesstaaten sind die Wähler allerdings nicht länger be-

reit, sich ihre Wahl von den Parteien abnehmen zu lassen. In Florida wurde der manipulative Wahlkreischnitt per Volksabstimmung verboten, in anderen Staaten – unter anderem Kalifornien – teilen statt der Parteien unabhängige Kommissionen die Wahlkreise ein.

Statt Distrikten, die aus parteipolitischen Motiven aus vielen Teilgebieten zusammengestückelt sind, soll es künftig kompakte Wahlkreise geben, die sich möglichst mit Gemeinde- und Landkreisgrenzen decken und eine parteipolitisch ausgewogene Wählerschaft haben. Aber diese Fortschritte an einer Stelle werden durch Fehlentwicklungen an anderer Stelle schnell wieder zunichte gemacht.

Welche verlockenden Möglichkeiten das »Gerrymandering« bietet, zeigt sich in North Carolina. Dort haben die Republikaner die Wahlkreiseinteilung dominiert. Die Folge: Selbst wenn die Bevölkerung dort im November genauso wählt wie bei den letzten Wahlen, würden die Republikaner statt bislang sechs künftig zehn der 13 Kongressmandate gewinnen.

Der amerikanische Föderalismus, der selbst das Wahlverfahren für das Bundesparlament in die Hände der Einzelstaaten legt, hemmt hier durchgreifende Reformen. Mit ihnen allein ließe sich die wachsende Polarisierung in der amerikanischen Politik sicher nicht beenden. Immerhin würden mehr Wahlkreise mit echtem Wettbewerb zwischen den Parteien die Macht über die Personalauswahl zurück in die Hände aller Wähler legen. Dann wären die Abgeordneten weniger abhängig von Extrempositionen ihrer Parteiflügel und Kompromissbereitschaft würde keinen politischen Suizid bedeuten. Für das amerikanische Regierungssystem wäre damit eine ganze Menge gewonnen. ■